Nr. 120 XXVIII. Jahrgang

Dienstag, 18. Mai 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 18529, 19038, 13097, 17193. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Hauptpreise:
Grundzeile, 22 mm breit, M. 1.50, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 64 mm breit, M. 3.—, mit Platzvorschrift M. 4.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Nachweis 10 v. H. Preiserhöhung. Beilagegebühr für Nachtausgaben/20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.50, vierteljährlich M. 13.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 4.75, vierteljährlich M. 14.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Der Maingau wieder frei

Der Maingau ist vom Druck der Besetzung mit schwarzen und weißen Franzosen endlich befreit! Ganz Deutschland wird diese Kunde mit nationaler Befriedigung und auch etwas überrascht vernehmen. Ueberrascht nicht, weil wir an der Gerechtigkeit unsrer Forderungen auf Räumung den geringsten Zweifel jemals gehegt haben, sondern überrascht nur, weil uns wie fast aller Welt der Glaube an der Aufrichtigkeit Millerands fehlte, als er durch die allgemeine Entrüstung in Deutschland über den Rechtsbruch bei Besetzung des Maingaues gezwungen, einst versicherte, diese Vorverlegung der bisherigen Besetzungslinie werde nicht lange dauern. Dies Mißtrauen gegen Frankreichs Absichten bei dem unerhörten Einfall in Süddeutschland hatte nicht nur in Deutschland geherrscht, auch das neutrale und selbst das Frankreich verbündete Ausland glaubte nicht ganz an den von Millerand vorgetäuschten Charakter einer reinen Repressalie, die erledigt sein sollte, sobald im Ruhrrevier die Reichswehr auf die vorgeschriebene Zahl gebracht sei. Man kritisierte in aller Welt, soweit man sich unbedingt auf die Entente-politik und die besondere Politik Frankreichs eingeschworen war, die französische Gewaltat aufs schärfste und verurteilte sie als Bruch des Friedensvertrages. So sah sich Frankreich in diesem Falle trotz der Unterstützung durch einige chauvinistische Blätter in England und Amerika dem Druck der öffentlichen Meinung der gesamten Kulturwelt ausgesetzt. Es konnte aber aus Prestigegründen nicht früher nachgeben, als bis die von Millerand bei der ersten Einlenkung in dieser Frage abermals aufgestellte Forderung auf Verminderung der Reichswehrtruppen im besetzten Gebiet erfüllt war. Daß dieser Abbau der Besatzung im Industriegebiet so rasch vollzogen wurde und daß damit Frankfurt und der Maingau verhältnismäßig rasch wieder von den Eindringlingen befreit wurden, verdanken wir dem energischen Vorgehen der Reichsregierung, die alles getan hat, um den Bedingungen des Abkommens vom 8. August 1919 gerecht zu werden.

Daß die Räumung überraschend und fast heimlich vorgenommen wurde, muß man der französischen Regierung danken. Sie hat durch dies Vorgehen, das selbst in den unmittelbar davon betroffenen Gebieten die Bevölkerung vollkommen unvorbereitet traf, es verhindert, daß im letzten Augenblick die Erbitterung der Unterdrückten sich durch Gewalttätigkeiten Luft machte. Diese Gefahr bestand zweifellos, denn so kurz auch die Besetzung andauerte, hatte sich doch eine Unsumme von Haß und Wut bei den leicht erregbaren Bewohnern des Maingaues angesammelt. Die durch die Besetzung notwendig gewordenen militärischen Maßnahmen, die nicht notwendigen Schikanen der französischen großen und kleinen Machthaber und vor allem die Untaten der Schwarzen hatten eine gefährliche Erbitterung im besetzten Gebiet hervorgerufen, die unter dem Druck der Besatzung nur zu einem „Ballen der Faust in der Tasche" führen konnte, die aber im Augenblick, da dieser Druck sich löste, gar leicht zu Gewalttätigkeiten hinreißen konnte. In ihrem eigenen Interesse und auch in unserm haben die Franzosen einen solchen Ausbruch der Volkswut durch ihren überraschenden Abzug verhütet. Weniger leicht werden sie das gutmachen können, was sie an bösen Erinnerungen im Maingau zurücklassen.

Sie wußten auch wohl, wie verhaßt sie in Frankfurt waren und hatten daher außer dem taktisch klugen Vorgehen beim Abzug sich noch eine andre, mehr ihrer „Siegernatur" entsprechende Rückendeckung verschafft. „Um während der Räumung unliebsamen Vorfällen vorzubeugen, so meldet nämlich das Wolff-Bureau, forderte die französische Behörde für Montag früh Stellung von Geiseln, und zwar Regierungspräsident Colmann, Oberbürgermeister Voigt, Polizeipräsident Ehrler, Stadtverordnetenvorstand Hopf, Stadtrat Dr. Rumpf und Stadtverordneten Blum. Außerdem mußte eine Bürgschaftssumme von einer Million Mark hinterlegt werden." Da bis jetzt keine Meldungen über irgendwelche Zwischenfälle beim Abzug der Franzosen vorliegen, ist zu hoffen, daß bereits die Geiseln wieder entlassen sind und die Bürgschaftssumme zurückgeliefert ist.

Durch die Wiederherstellung der alten Obrigkeitsverhältnisse im Maingau ist in einer nicht zu unterschätzenden Weise die Atmosphäre für die kommenden Verhandlungen in Spa gereinigt worden. „Die Reichsregierung hätte, wenn die Regierung Millerand sich noch fernerhin widerstrebend zeigte, das konkrete Verlangen nach der Räumung des Maingaues stellen müssen. Den undenkbaren Fall angenommen, daß die französische Regierung sich die fadenscheinigen Ausflüchte gewisser französischer Blätter zu eigen gemacht hätte, würde vielleicht die Konferenz in Spa überhaupt nicht zustande gekommen sein. Leider haben wir noch keine Ursache, festzustellen, daß die französische Deutschland-Politik sich ernsthaft von dem Zwang vorgefaßter klischeehafter Anschauungen gegen uns freizumachen beginnt. Immerhin betrachten wir die an sich allerdings wahrlich keinen Augenblick zu früh erfolgte Räumung des Maingaues als ein weiteres Zeichen dafür, daß die Verhältnisse in Europa, besonders in wirtschaftlicher Beziehung, anfangen, stärker zu werden, als selbst die Pariser Politik des „gesiegten Siegers".

Die Vorladungen durch den Oberreichsanwalt

Berlin, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Oberreichsanwalt hat die in der überreichten Liste der Entente verzeichneten Deutschen, die Verbrechen im Kriege beschuldigt sind, zur Vernehmung nach Leipzig vorgeladen. Die Vernehmung findet in den beiden Wochen vom 7. bis 20. Juni statt.

Frankfurt atmet auf

Von unserm W-Mitarbeiter

Frankfurt a. M., 17. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die Räumung Frankfurts ist heute morgen vollzogen worden. Gegen 4 Uhr begann sie. Die Artilleriekaserne war bereits um ½5 Uhr geräumt. Um 6 Uhr wurde die Gallent-Kaserne vom 6. Infanterieregiment, das durch die Gallent-Straße an der Gallus-Warte vorbeimarschierte, geräumt. In langen Kolonnen zogen dann von den Nachbarorten die Bagagewagen und die Autos ab. Die Franzosen benutzten dabei Seitenstraßen.

Der größte Teil der Einwohnerschaft war von der Räumung völlig überrascht. Die Straßen waren von starken Polizeiaufgeboten besetzt, die den Verkehr regelten. Soweit bis jetzt bekannt geworden ist, trug sich nicht der geringste Zwischenfall zu. Die Bevölkerung verhielt sich gegen die Ausmarschierenden völlig teilnahmslos. Um ½8 Uhr rückten die Belgier auf den gleichen Wegen ab. Am Sonnabend war noch der belgische Oberkommandierende der Rheinarmee, General Michel, eingetroffen und es hatte eine große belgisch-französische Parade stattgefunden. Der belgische General war von den Franzosen außerordentlich gefeiert worden. Das war aber der Schluß der Besetzung.

Von Kassel sind heute morgen nach 6 Uhr im Sonderzug Sicherheitspolizeimannschaften eingetroffen, die unmittelbar nach der erfolgten Räumung der Stadt, die um 9 Uhr durchgeführt sein soll, den Sicherheitsdienst im Verein mit den Frankfurter Beamten übernehmen werden. Der Polizei ist am Sonntag der größte Teil der Waffen, der ihr bekanntlich von den Franzosen abgenommen war, wieder zurückgegeben worden, darunter auch Maschinengewehre. Die Grenze des alten besetzten Gebiets zwischen Frankfurt und Griesheim an der Mainzer Landstraße wurde bereits am Sonntag abend wiederhergestellt und von Marokkanern gesichert.

In der Schutzpolizei trug sich gestern abend noch ein Zwischenfall zu. Ein betrunkener französischer Soldat stach ein Mädchen in die Brust und wurde dann von der Menge schwer mißhandelt. Er kam ins Krankenhaus. Heute morgen befindet sich an allen Plakatsäulen folgender Aufruf:

An die Bevölkerung Frankfurts!

Die Besetzung Frankfurts ist mit dem heutigen Tag aufgehoben. Die Besatzungstruppen sind im Begriff, die Stadt zu verlassen. Die Bevölkerung Frankfurts, welche die Zeit der Besetzung mit Würde und Ruhe getragen hat, wird bei dem Abmarsch der Truppe die Besonnenheit wahren und ihrerseits verhindern, daß durch Handlungen unverantwortlicher Elemente der Abzug gestört oder zu Demonstrationen benutzt wird. Durch solche Demonstrationen werden neue Unannehmlichkeiten über die Stadt und ihre Bevölkerung gebracht. Unbedingt erforderlich ist, Massenansammlungen zu vermeiden. Wer sich an solchen Ansammlungen beteiligt und dabei etwa zu Schaden kommt, hat die Folgen sich selbst zuzuschreiben."

Unterzeichnet ist dieser Aufruf vom Oberbürgermeister, vom Polizeipräsidenten und vom Regierungspräsidenten. Gleichzeitig hat General Degoutte an die Bevölkerung den gleichen Anschlag gerichtet, der beim Einzug der Franzosen veröffentlicht worden war. Darin wird gesagt, daß die Franzosen nicht als Eroberer kommen, sondern als Besatzungstruppe. Zum Schluß heißt es: Die Franzosen halten Wort, General Degoutte.

Der Abzug

Frankfurt a. M., 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) **Gegen Mitternacht hat der Abmarsch der französischen Truppen am Opernhaus, an der Hauptwache und am Bahnhofsplatz begonnen. Zu gleicher Zeit hat auch der französische Große Stab Frankfurt verlassen und ist in 15 Kraftwagen nach Mainz gefahren. Der Abmarsch der Franzosen ist völlig überraschend gekommen. Noch am Freitag früh waren in Sachsenhausen 450 Senegalneger einmarschiert, was auf keine Absicht der baldigen Räumung schließen ließ. Erst am Sonnabend mittag zeigten sich die ersten Anzeichen eines eingetretenen Umschwunges in der allmählichen Zurücknahme der französischen Ueberwachungsoffiziere aus dem Polizeipräsidium und den städtischen Gebäuden.**

Aus Offenbach sind gestern abend 8 Uhr die ersten französischen Truppen abmarschiert. Der Abmarsch geschah ruhig und ohne jeden Zwischenfall. Die Bevölkerung hatte zuvor auf Aufforderung der Zivilbehörden die Straßen und Plätze geräumt. Aus Hanau haben die französischen Truppen heute früh 8 Uhr den Abmarsch über Frankfurt begonnen.

Frankfurt a. M., 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) **Die französischen Truppen gehen zunächst nach Höchst a. M. Wahrscheinlich werden ein Bataillon Reichswehr und eine Schwadron bald darauf in Frankfurt einziehen.**

Ein Aufruf zu Ruhe und Ordnung in Oberschlesien

Oppeln, 17. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der Kreiskontrolleur des Landkreises Oppeln erläßt eine Bekanntmachung an die Bevölkerung des Landkreises, in der er darauf hinweist, daß seit einigen Tagen die ehemals friedliche Bevölkerung sich durch Nationalitätenkampf zu Ausschreitungen verleiten läßt. Er ermahnt auf das eindringlichste, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, da dies die notwendige Bedingung zur Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse sei. Zur Zeit der Abstimmung würde jeder Gelegenheit haben, durch den Stimmzettel seine Meinung frei zu äußern. Die Bevölker... solle, welcher Partei sie auch immer angehört, der fanatischen Agitation kein Gehör schenken, sondern sich jeder Kundgebung enthalten und ruhig ihrer Arbeit nachgehen. Gegen jeden Unruhestifter würde mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden.

Der Justizbeamtenstreik

Oppeln, 17. Mai. (Eig. Drahtbericht.) In einer hier stattgefundenen Versammlung sämtlicher Richter und der Mittel- und Unterbeamten wurde beschlossen, den Justizstreik bis zum 26. Mai auszudehnen. Heute Montag finden mit der interalliierten Kommission Verhandlungen über die Forderungen der Ausständigen Oberschlesiens statt.

Wahlen in Danzig

Danzig, 17. Mai. Die gestrigen Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung für den Freistaat Danzig aus 120 Stadtbezirken ergaben eine Verteilung der 120 Mandate wie folgt: Deutschnationale 25 Proz., Demokraten 10 Proz., Wirtschaftspartei 12,5 Proz., Mehrheitssozialisten 17 Proz., Unabhängige 18 Proz., Zentrum 13,5 Proz. und Polen 6,8 Proz. — Das Zentrum hat an Stimmen gewonnen, während die Polen einen erheblichen Rückschlag erlitten haben. Die Wahlbeteiligung betrug 70 Prozent.

Die Vorkonferenz von Hythe

Verschiebung der Konferenz von Spa

Paris, 17. Mai. Nach den Vereinbarungen von Folkestone muß die Herabsetzung der deutschen Heeresbestände auf 100 000 Mann bis zum Juli vollzogen sein. Es wird den deutschen Vertretern in Spa nicht gestattet werden, Einwendungen dagegen zu erheben. In der Frage der Bezahlung der Entschädigung muß Frankreich die Vorschläge Englands annehmen, daß Deutschland in Spa die genauen Ziffern erfährt, wie hoch sich seine Zahlungsverpflichtung beläuft. Wahrscheinlich wird Deutschland gestattet werden, internationale Anleihen im Betrage von sechs Milliarden Goldmark aufzunehmen. Man hofft, daß diese Anleihe von den neutralen Staaten Europas, den Vereinigten Staaten und den südamerikanischen Republiken gezeichnet wird. Vor allem wird es jedoch von Amerika abhängen, daß diese Anleihe zustande kommt. „Chicago Tribune" meldet, die finanziellen Sachverständigen der Alliierten geben sich keiner Täuschung darüber hin, daß eine solche Anleihe in Amerika gegenwärtig keinerlei Erfolg haben könne.

Nicht von gleicher geschichtlicher Bedeutung wie die Räumung des Maingaues, die heute ganz Deutschland beschäftigt, ist die Vorbesprechung der leitenden französischen und englischen Staatsmänner in Hythe, dem englischen Seebad bei Folkestone, gewesen. Diese ist am Sonntag mittag beendet worden, ohne daß ein Einvernehmen erzielt worden ist. Bis zur Konferenz in Spa werden die „Konkursverwalter", wie sich der Korrespondent des „Matin" nach einer Reutermeldung mehr unhöflich als korrekt ausdrückt, noch wiederholt Gelegenheit haben, die Einzelheiten der im Vordergrund stehenden Finanzfragen, das heißt der Deutschland aufzuerlegenden Wiedergutmachungssumme festzulegen. In Hythe haben sie nur Bekanntes noch einmal exerziert „oder breitgetreten, das zeigt deutlich folgende Meldung: „In der von den englischen und französischen Ministern am Schlusse der Konferenz abgegebenen Erklärung erkennen die englische und die französische Regierung an, daß die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden unverzüglich sichergestellt und die zu diesem Zwecke nötigen Mittel so schnell wie möglich flüssig gemacht werden müssen. Deutschland müsse in den Stand gesetzt werden, durch rasche Erfüllung seiner Verpflichtungen seine finanzielle Autonomie wiederzuerlangen. Die Regierungen halten es für notwendig, zu einer Regelung der Gesamtheit der Kriegslasten zu kommen. Die Sachverständigen der beiden Länder werden beauftragt, sofort den Mindestbetrag der deutschen Schuld und die Zahlungsweise zu bestimmen. Wir werden also weder über die Höhe der von uns leistbaren Summe befragt, noch über die Art, wie wir abzahlen und wiederaufbauen wollen. Nach Havas ist im Prinzip in Hythe ein Einverständnis im wesentlichen erzielt worden. Die Finanzsachverständigen sollen die Einzelheiten in London regeln. Der Bericht wird der Gegenstand erneuter Prüfung sein.

Das Wesentlichste von den Beschlüssen der Konferenz ist der endgültige Entscheid über die Verlegung des Termins bis nach den deutschen Wahlen. Eine amtliche Mitteilung besagt dazu: Lloyd George und Millerand haben sich dahin geeinigt, daß die Konferenz in Spa aufgeschoben wird, bis die Reichstagswahlen in Deutschland stattgefunden haben. Vorläufig ist vorgeschlagen worden, daß der Versailler Friedensvertrag und besonders die Bestimmungen über die Entwaffnung, die in Spa erörtert werden, weiter in Kraft bleiben sollen. In der Wiedergutmachung erklärte Millerand sein noch fehlendes Einverständnis zu der Festsetzung einer endgültigen Summe. Die Festsetzung ist gewissen Bedingungen unterworfen, von denen die eine ist, daß Frankreich eine Abschlagszahlung von Deutschland erhalten soll.

Das Endergebnis also ist: „Wir sind so klug wie zuvor." Wir wissen weder etwas Authentisches über den endgültigen Termin von Spa, noch über unsre Stellung auf dieser Konferenz, noch über die zu leistende Entschädigung. Wir vermuten nur, auch in Spa werden wir nichts zu sagen haben.

Die Friedensfrage im amerikanischen Senat

Der amerikanische Senat hat die Entschließung über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland und Oesterreich mit 43 gegen 38 Stimmen angenommen. Er hat an Stelle der kürzlich vom Repräsentantenhause angenommenen Entschließung die des Senators Knox gesetzt.

Der Beitritt der Schweiz zum Völkerbund

In der Schweizer Volksabstimmung wurde mit 410 000 gegen 320 000 Stimmen der Beitritt der Schweiz zum Völkerbunde beschlossen. Die Wahlbeteiligung betrug [illegible] Prozent.

Die Zukunft unsrer Kohlenwirtschaft

Von Prof. Eberhard Gothein (Heidelberg), Mitglied des badischen Landtags

(Nachdruck verboten)

Nach langwierigen Verhandlungen haben die großen Verbände der Bergarbeiter im Hinblick auf die Notlage der Volkswirtschaft von ihrem Verlangen, die Arbeitszeit sofort abzukürzen, Abstand genommen; und ein jeder hat aufgeatmet, daß die unmittelbaren Schwierigkeiten behoben sind. Denn daß unsre gesamte Industrie, unser Verkehr und nicht zuletzt unsre Tageshaushaltung selber ganz und gar von der Kohle abhängt, das predigt uns die Not jedes Tages aufs eindringlichste. Aber wir dürfen uns nicht darüber verblenden, daß wir es nur mit einem Notbehelf für den Augenblick zu tun haben, daß die Zukunftssorgen um die Kohle größer sind als je. Sie seien hier nur in Kürze aufgezählt, zugleich mit den zwar schwachen, aber doch nicht aussichtslosen Hilfsmitteln, ihnen abzuhelfen.

Der plötzliche Abfall der Produktion im vergangenen Jahre war zunächst dem Streik im Frühjahr zuzuschreiben. Der durch ihn veranlaßte Ausfall war schwer einzuholen. Streiks müssen auf alle Weise weiterhin vermieden bleiben. Das bedeutet freilich: den Gewerkschaften das Heft in die Hand geben. Im ganzen hat man aber auch von Unternehmerseite zu wünschen, daß der Gesamtwille der Arbeiterschaft in den großen Verbänden zur Erscheinung und zum Ausgleich der Interessen komme. Ein weiterer vorübergehender Grad wären die Verkehrsschwierigkeiten, die durch den Zustand unsres vom Kriege heruntergewirtschafteten und nach dem Kriege teils verschleuderten, teils den Gegnern ausgelieferten, stets aber unzulänglichen Eisenbahnmaterials veranlaßt waren. Auch hier brachten lokale Streiks noch weitere Unordnung. So häuften sich gelegentlich an den Zechen ungebührlich große Bestände von Kohlen an, während den Bahnen selber alle für einen regelmäßigen Betrieb nötigen Vorräte fehlten. Jene abzufahren, diese zu ergänzen, war die erste Aufgabe. Sie ist im ganzen sehr zufriedenstellend gelöst worden, freilich stark auf Kosten des sonstigen Verkehrs. Da an der Ergänzung der Betriebsmittel mit mehr Energie und Planmäßigkeit gearbeitet wird als in andern Zweigen der Volkswirtschaft, namentlich seit man den Arbeitern der Eisenbahnwerkstätten Ernst gezeigt hat, ist zu hoffen, daß diese Schwierigkeiten nicht mehr, wenigstens nicht in dem bisherigen Umfang, wiederkehren werden. Mit der Wiederkehr ungünstiger, bald zu hoher, bald zu niedriger Wasserstände, wie sie die besondere Kohlennot Süddeutschlands zuletzt ins Unerträgliche gesteigert und unser wirtschaftliches Leben zur Hälfte lahmgelegt hat, wird man freilich immer rechnen müssen. Da aber wenigstens bei der Kohle die vorzügliche Handelsorganisation allen Stürmen standgehalten hat und jetzt dauernd in den Dienst des Reiches gestellt ist, wird auch in Zukunft eine richtige Verteilung der Vorräte keinen Schwierigkeiten begegnen. Nirgends macht sich ja auch jetzt der Schleichhandel weniger breit.

Daß sich durch die Unterernährung der letzten Jahre, nachdem die Bergarbeiterschaft im Kriege selbst durch Ueberstunden das möglichste geleistet hat, die Arbeitskraft sehr gemindert hat, daß die Heimkehrenden sich an regelmäßige Arbeit erst wieder gewöhnen mußten, daß die Aufregungen und übertriebenen Hoffnungen der Revolutionszeit die Arbeitslust gestört haben, sind Mißstände, die verhältnismäßig am raschesten sich heben lassen. Es ist allgemein zugestanden, daß die Bergleute einer besonderen Belieferung mit Nahrungsmitteln bedürfen, und da fast überall im Montanbezirk die großen Konsumanstalten vorzüglich organisiert sind, in deren Mitleitung sich zukünftig die Betriebsräte bewähren werden, macht sich über die Sache glatter als anderwärts.

Die Hauptfrage, auf die sich auch alle Untersuchungen und Verhandlungen zugespitzt haben, bleibt die Regelung der Arbeitszeit. Der Bergmann hat unbezweifelt einen Anspruch auf eine kürzere Arbeitszeit als andre Arbeiter. Er genoß den achtstündigen Arbeitstag auch früher; nachdem der Achtstundentag allgemein und gesetzlich geworden ist, mußte der Bergarbeiter eine Begünstigung erhalten. Der schematische Achtstundentag, der alle Arbeit, ob leicht oder schwer, über einen Leisten schlägt, wird sich auf die Dauer überhaupt nicht halten lassen; für die Bergleute waren acht Stunden, zu denen doch manche Ueberschichten kamen, in der Tat das Höchstmaß. Man hat die Schicht auf sieben Stunden ermäßigt, aber auch diese Verringerung ist nicht imstande, den Bergmann bei seiner gefährlichen und schweren Arbeit festzuhalten. So verlangte er die sechsstündige Schicht, und diese Forderung wird, wie sie prinzipiell auch jetzt festgehalten ist, immer wiederkehren. Darüber gebe man sich nur keinem Zweifel hin. Die bisherige Verringerung hat entgegen der oft ausgesprochenen Meinung keine Vermehrung der Stundenleistung gegenüber dem Friedensstande ergeben, so daß die Tagesleistung einen merklichen Minderbetrag ergeben muß. Außerdem ist aber besonders lästig, daß die unproduktive Zeit, die für Ein- und Ausfahrt und für die langen Wege unter Tage drauf geht, immer dieselbe bleibt, so daß die gesamte Minderung auf Kosten der produktiven Arbeitszeit geht. Auf diese Weise würde der Bergarbeiter bei sechsstündiger Schicht nur noch etwa 4½ Stunden wirkliche Arbeit leisten. Das ist wenig, und schon bei der jetzigen Siebenstundenschicht zeigt sich, daß die freie Zeit für wirtschaftliche Nebenbeschäftigung verwendet wird, sehr zum Aerger der Gewerkschaftskartelle. Zimmern und mauern kann der Bergmann ohnehin, und wer hätte nicht im Kriege das Schustern gelernt? Diesem Uebelstande ist dadurch abzuhelfen, ab den Bergleuten in gesteigertem Maße Gelegenheit zur Bewirtschaftung eigener Gütchen gegeben wird. Etwas Gartenland gehört schon jetzt überall zur Bergmannswohnung in jeder Kolonie.

An und für sich braucht durch Verkürzung der Schichtdauer keine Verringerung der Kohlenförderung